

# Salzkörner / Materialien für die Diskussion in Kirche und Gesellschaft



6. Jg., Nr. 3, 26. Juni 2000

## Katholikentag in Hamburg

Entgegen allen Unkenrufen bewies der Deutsche Katholikentag erneut seine Lebenskraft. Nach Hamburg, wo die Katholiken eine Minderheit in der christlichen Minderheit sind, kamen mehr Teilnehmer als 1998 zum Jubiläumskatholikentag in dem von katholischer Tradition geprägten Mainz. In Hamburg, das in besonderer Weise die Säkularisierung und die kulturelle Vielfalt der heutigen Gesellschaft repräsentiert, entfaltete sich zugleich die Kraft der ökumenischen Geschwisterlichkeit von Christen unterschiedlicher Konfession und Tradition. Der Hamburger Katholikentag war - auch dies entgegen bis zum Überdruß wiederholter Behauptungen - ein bedeutsames geistliches Ereignis.

Obwohl die äußeren Bedingungen weniger günstig zu sein schienen als in Dresden und Mainz, verstärkte sich erneut der Wunsch nach Gottesdienst, Gebet, Besinnung und geistlichem Gespräch. Der Hamburger Katholikentag war - ganz im Sinne der 1848 begründeten Tradition - ein öffentliches Ereignis. Und dies im doppelten Sinne: Die Öffentlichkeit ist für Katholikentage der Ort des gemeinsamen christlichen Zeugnisses, und die Themen des Katholikentages sind Teil der öffentlichen Debatte.

Dass Christen mit wachsendem Nachdruck den Öffentlichkeitsanspruch des Glaubens vertreten, ist ein - für manche höchst ärgerlicher - Kontrapunkt zur zunehmenden Segmentierung der Gesellschaft. Was die Christen in Deutschland an den Katholikentagen und Kirchentagen haben, sagte bei der abschließenden Pressekonferenz mit erfreulicher Öffentlichkeit unser Freund Jérôme Vignon von den Semaines sociales de France: Nirgendwo sonst in der Welt gibt es Ereignisse mit solcher Öffentlichkeitswirkung, bei denen sich Glauben und Gesellschaft, Kirche und Politik in solch repräsentativer Breite begegnen.

Hans Joachim Meyer

## Inhalt

- Die Spannung zwischen ökumenischer Sehnsucht und ökumenischer Verantwortung kreativ gestalten**  
**Rückblick auf den Hamburger Katholikentag**  
**Stefan Vesper** 2
- Intensive Arbeit am gemeinsamen ökumenischen Werk**  
**Rückblick auf den Hamburger Katholikentag**  
**Friederike Woldt** 4
- Verantwortung der Christen in Kirche und Gesellschaft**  
**Zum Hamburger Memorandum des ZdK**  
**Ute Vogt, Norbert Röttgen, Christa Nickels, Marita Sehn** 6
- Der politische Wille muss auf dem Willen der Völker gründen**  
**Zum Europäischen Manifest von ZdK und Semaines Sociales de France**  
**Jean Boissonnat** 10
- Riesters Konzept führt "zurück in die Eiswüste"**  
**Eva Maria Welskop-Deffaa** 11

## Die Spannung zwischen ökumenischer Sehnsucht und ökumenischer Verantwortung kreativ gestalten

### Ein Rückblick auf den 94. Deutschen Katholikentag

*Der Hamburger Katholikentag war ein großes Ereignis für die deutsche Kirche und für das junge Erzbistum Hamburg. Wie es unsere Absicht war ist die Veranstaltung wirklich zum zentralen Ereignis der deutschen katholischen Kirche im Heiligen Jahr geworden. Mehr als 50.000 Menschen haben miteinander gebetet, diskutiert, gefeiert, gestritten, gelacht, gerungen, geklagt, gesungen, haben einander gesagt, was sie in ihrem Glauben bewegt.*

"Das Zeugnis, das in diesen Tagen eine Schwester-Kirche von sich selbst gegeben hat, hat mich in seiner Fülle tief beeindruckt. Ich fand darin besonders kostbar das Klima großer Wahrhaftigkeit, die entschlossene Absicht zum Dialog, den Mut und den Willen, Gegensätze zu überwinden, die tiefe Spiritualität. Ich bewundere die Dynamik und das Verantwortungsbewusstsein der deutschen katholischen Laien". So hat sich Marc Stenger, Bischof von Troyes (Frankreich), über den Katholikentag geäußert; und viele unserer europäischen Freunde, seien sie Bischöfe oder Laien, haben es ähnlich erlebt. Viele Briefe des Dankes und der Anerkennung zeugen davon.

Hamburg war ein großes Treffen, für das allen Dank zu sagen ist: Denen, die es vorbereitet haben, seien sie ehrenamtlich oder hauptamtlich tätig gewesen, seien sie katholisch oder evangelisch, seien sie ZdK-Mitarbeiter oder "Hamburger"; denen, die mitgewirkt haben, denen, die zu seiner Finanzierung beigetragen haben sowie allen Helferinnen und Helfern. Eine erste Analyse lässt erkennen, welchen Gewinn wir aus dem Hamburger Katholikentag ziehen können und welche Aufgaben sich uns in Zukunft stellen.

### Ein programmstarker Katholikentag

Es kommt nicht von ungefähr, dass man "vom bislang programmstärksten Katholikentag" sprach: In gut besetzten und in der Regel auch gut besuchten Foren,

### Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär des ZdK

Werkstätten, Diskussionskreisen und Vorträgen wurden die zentralen aktuellen gesellschaftlichen Fragen präsentiert und diskutiert - von Rente, Familie, Europa, über deutsche Einheit, Entwicklungspolitik und Bürgerbeteiligung bis hin zum Engagement für Ausländer, Flüchtlinge und Asylanten. Der Auftakt des "Festes der Völker" mit Bundespräsident Rau setzte ein klares Zeichen gegen Ausländerhass und Fremdenfeindlichkeit. Insgesamt haben viele Tausend an diesen gesellschaftspolitischen Veranstaltungen teilgenommen. Wo anders als auf Katholikentagen und Kirchentagen wird auf vergleichbare Weise zur aktiven Teilnahme an der öffentlichen Debatte eingeladen und werden vergleichsweise so viele Menschen erreicht und beteiligt?

### Ein spirituelles Ereignis

Was Frère Roger aus Taizé in die Formel "Kampf und Kontemplation" gekleidet hat, die untrennbare Verbindung von Engagement in der Welt und spiritueller Vertiefung, erwies sich erneut als Markenzeichen unseres Glaubens: ein in mehrfacher Hinsicht "brodelndes" Geistliches Zentrum mit Hunderten von Einzelveranstaltungen, von geistlichen Gesprächen, Bibelauslegungen, Meditationen und nicht zuletzt mit einer stark angenommenen stillen Anbetung und einer hohen Nachfrage nach der persönlichen Beichte. Auch die St. Ansgar-Pilgerkirche wurde von vielen besucht. Die hervorragende künstlerische Gestaltung und das Gebet der Pilger machten diesen Raum zu einem "starken Ort" auf dem Katholikentag.

Es ist verwunderlich, dass auch heute noch versucht wird, die Teilnehmerzahlen in den Foren und den Ansturm im geistlichen Zentrum gegeneinander auszuspielen. Es sind die gleichen Menschen, die beten und diskutieren; und es ist der gleiche Glaube, der sich im gesellschaftlichen Engagement und in der geistlichen Betrachtung äußert, entfaltet und verwirklicht. Faszinierend ist es, in die Gesichter der Menschen zu schauen und im Gespräch zu spüren, was sie inspiriert, begeistert, was sie bedrückt und bewegt, was sie ermutigt, in dieser Gesellschaft ihre "kritische Zeitgenossenschaft" zu leben.

### Integration (fast) aller

Hamburg war ein integrativer Katholikentag, wie es ihn so noch nicht gegeben hat. Dies gilt für die von zahlreichen katholischen Initiativen, Verbänden und Institutionen eingereichten Veranstaltungsideen wie für die fast unüberschaubaren Stände in den Orten der Begegnungen. Und es ist bezeichnend, wer sich nicht integrieren lassen wollte: Auf der einen Seite eine Initiative, die gegen die erklärten Positionen der deutschen Jugendpastoral und gegen jede verant-

wortliche Jugendpädagogik verstößt. Und auf der anderen Seite eine Initiative, die eine "ökumenische Mahlfeier" anbietet, zeitgleich und in Konkurrenz zum zentralen ökumenischen Gottesdienst. Dieser zentrale Gottesdienst wurde von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) vorbereitet, von denjenigen Hamburgern also, die über Jahre und Jahrzehnte hinweg den geduldrigen, arbeitsreichen, manchmal zähen, den weniger spektakulären aber vielversprechenden Weg der Ökumene gehen.

### *Der bisher "ökumenischste" Katholikentag*

Es ist vielfach erläutert worden, wie stark dieser Katholikentag ökumenisch geprägt war: In der Vorbereitung (in fast allen Gremien waren evangelische Kolleginnen und Kollegen vertreten), in der Mitwirkung durch viele evangelische und orthodoxe Christen, in der Ausweitung der gemeinsam vom Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) vorbereiteten Veranstaltungen, in zahlreichen Foren und weiteren Veranstaltungen zu ökumenischen Kernfragen und Herausforderungen.

Eine ökumenischer Höhepunkt war der Schlußtag: die eindrucksvolle Gestaltung des Sonntagmorgens, als Christen in 15 konfessionellen Gottesdiensten zunächst getrennt feierten, um dann vor dem Segen abzubrechen und sich auf getrennten Pilgerwegen zum Rathausmarkt zu begeben, wo am Ende einer gemeinsam gestalteten Schlussfeier der "St. Ansgar-Segen" durch Geistliche von vier christlichen Kirchen erteilt wurde. Die Symbolkraft dieses Ereignisses war für viele Teilnehmende tief bewegend.

### *Zukunftsaufgaben*

Zur kritischen Analyse gehört es auch, Schwachstellen aufzuzeigen. Hierzu gehört die Frage, ob man die Programmvielfalt in Zukunft stärker eingrenzen muss, um die gesellschaftspolitischen Aussagen eines Katholikentages stärker zu focussieren. Kritische Rückmeldungen hierzu sollten uns zu denken geben, auch wenn jede Focussierung zu Lasten der nicht zum "Schwerpunkt" erklärten Themen geht - und der Menschen, die sich in diesem Bereich engagieren.

Auch die Grundlagen der Planungsprozesse, Gremien, Kostenstrukturen und differenzierten Ansprüche gehören immer wieder auf den Prüfstand. Die Methodenvielfalt kann deutlich grösser werden, auch wenn gegen die bewährte Form eines Forums nichts zu sagen ist, solange die Sache brennend, das Thema attraktiv, die Teilnehmenden fachkundig, die Didak-

tik einfallsreich und die Moderation fähig ist. Schon in Hamburg wurden jenseits der Foren und Podien neue Formen mit gutem Erfolg erprobt.

Eine weitere kritische Anfrage bezieht sich auf die Folgen der gesellschaftspolitischen und innerkirchlichen Großwetterlage: Ein Katholikentag kann nicht annähernd auffangen, was an Gemeinschaft und Glaubwürdigkeit der katholischen Kirche in Deutschland in den letzten Jahren zerstört wurde und verloren gegangen ist. Gerade deshalb ist der Katholikentag auch als Zeichen der Versöhnung und des Blickes nach vorne so wichtig gewesen, allerdings nur für jene, die nach vorne blicken und die Versöhnung wollen. Hinzu kommt die ökumenische Frage, die ebenso "spannend" wie "spannungsvoll" ist. Hamburg war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin. Ich bin davon überzeugt, dass er eine faszinierende Herausforderung ist: Die Perspektive, mit der wir auf dieses Ereignis zugehen, darf nicht eine Perspektive der Zurückhaltung und Skepsis, sondern muss eine Haltung der Freude und positiven Spannung sein.

### *Vertrauen und Zuversicht*

Es ist unverzichtbar, die Spannung zwischen der ökumenischen Sehnsucht und der ökumenischen Verantwortung kreativ zu gestalten. Die ökumenische Sehnsucht bewahrt uns davor, brennende Hoffnungen gleichsam ins kirchenpolitische Wartezimmer abzudrängen, und fordert die Umsetzung der real erreichbaren beziehungsweise schon erreichten aber noch nicht umgesetzten Fortschritte ein. Die ökumenische Verantwortung verhindert thematische Verengungen und falsche Focussierungen, sorgt für begriffliche Klarheit und Unterscheidung, etwa zwischen den Themen "ökumenisches Abendmahl" und "ökumenischer Gastfreundschaft"; sie weitet den Blickwinkel in europäische und weltkirchliche Zusammenhänge und findet den rechten Weg zwischen Blockade und Überforderung.

Ökumene ist abhängig von einem tiefen Vertrauensverhältnis aller Beteiligten. Und dies meint nicht nur Vertrauen zwischen den Konfessionen, sondern auch zwischen Bischöfen und Laien auf beiden Seiten. Zuversicht kann nur wachsen in Gemeinschaft. Hamburg war eine Kraftquelle für die Katholiken, um die Gegenwart Gottes in unserer Zeit, sein "Ich bin da!", heute und morgen zu leben, so wie es die Worte der Ostervigil ausdrücken: "Sein ist die Zeit".

Stefan Vesper

## Intensive Arbeit am gemeinsamen ökumenischen Werk

Ein Rückblick auf den 94. Katholikentag in Hamburg aus evangelischer Sicht

*Vom 31. Mai bis zum 4. Juni fand in Hamburg der 94. Deutsche Katholikentag statt. Es war der erste Katholikentag in der sogenannten Diaspora. Und es kamen mehr Teilnehmer zusammen als in den Vorjahren. Getan wurde ein großer Schritt hin zu dem für das Jahr 2003 geplanten Ökumenischen Kirchentag in Berlin.*

Der größte Beifall zur Schlussfeier galt der gemeinsamen Ankündigung des Ökumenischen Kirchentages 2003 in Berlin durch die evangelische Präsidentin Dr. Elisabeth Raiser und den katholischen Präsidenten Professor Dr. Hans Joachim Meyer. Vor der Bühne sah man mindestens genauso viel protestantische Schwarzröcke wie katholische Bischofsroben, und links am Rand füllte sich in einem wirklich gelungenen Bild das Ökumeneschiff mit vielfarbenem Sand. Hinter allen Beteiligten lagen anstrengende Tage voller Begegnungen und Arbeit.

### Logo und Leitwort

Ein Lob für das gelungene Symbol, die Computergraphik der Sanduhr. Es war für mich bisher eines von diesen verblüffend einfachen säkularen Symbolen, die rasch über komplexe Vorgänge auf den Punkt bringen. Ein Bedeutungswandel hat sich eingestellt: Über diese kleine Sanduhr stellt sich fortan - oft rascher als der gewünschte Vorgang im PC - die Verbindung zur Losung des Hamburger Katholikentages her, auch jetzt noch, nachdem das große Fest vorbei ist: "Sein ist die Zeit".

Der Präsident des kommenden Kirchentages in Frankfurt am Main, Martin Dolde, hat in der gemeinsamen Veranstaltung zur Rechtfertigungslehre auf die Losung des Kirchentages in Berlin 1989 und damit auf die evangelische Variante verwiesen: "Unsere Zeit in Gottes Händen". "Auch wenn 11 Jahre dazwischen liegen", so Martin Dolde, "bekennen wir, dass unsere Zeit Gott gehört. Wir meinen denselben Gott, dessen Menschenfreundlichkeit den Namen Jesus Christus trägt."

**Friederike Woldt, Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentags (DEKT)**

Gotteszeit ist Menschenzeit. Zum Leitwort ist viel Wichtiges und Kluges gesagt worden. Es eignete sich gut als roter Faden durch das gesamte Programm. Am Vormittag der Mitgliederversammlung des ZdK, die dem Katholikentag voranging, hat Elisabeth Raiser einen der beiden Losungsvorträge gehalten: "Sein ist die Zeit möchte ich in einer ersten Annäherung so verstehen, dass dies eine Beschreibung Gottes ist: Er ist in der Zeit und ist uns damit nah, auch wenn wir oft Mühe haben, ihn zu erkennen."

### Die ökumenische Latte liegt jetzt hoch

Eine fast unüberschaubare Zahl von Angeboten ballte sich in diesen vier Tagen in Hamburg zusammen, die diesen Katholikentag zu dem machten, was auch der Evangelische Kirchentag - nach der Definition seines langjährigen Generalsekretärs - sein will: Zeitanzeige. Frau Dr. Schavan hat diese Beschreibung in ihrer Ansprache zur Eröffnungsfeier auf dem Rathausmarkt gewählt.

Das öffentliche Interesse am Hamburger Geschehen war ganz sicher zu einem großem Teil dem spürbaren Näherrücken der großen Kirchen geschuldet. Margot Käßmann, meine Vorgängerin beim Kirchentag und heutige Bischöfin in Hannover, ist in einem Aufsatz zum Katholikentag ausführlich darauf eingegangen. Sie schreibt unter der Überschrift "Hamburg - auf dem Weg zum Ökumenischen Kirchentag": "Die säkulare Gesellschaft drängt sie (die Kirchen) geradezu zu entdecken und auch öffentlich darzulegen, dass die unterschiedlichen Konfessionen und Kirchen mehr verbindet als sie trennt."

Weihbischof Jaschke fand ebenfalls deutliche Worte: "Hamburg ist der Ort des Aufbruchs zu einer Einheit der Christen in versöhnter Verschiedenheit. ... Der Hamburger Katholikentag geht auf eine Höchstform von Ökumene."

Eine Auswertung des 94. Katholikentages muss sich an diesen Erwartungen messen lassen. Und da bleibt erst einmal viel Positives zu berichten. Für alle Beteiligten war das ernsthafte, ja leidenschaftlich Mühen um das Zusammengehen der Christen spürbar. Sowohl auf der Seite derer, die auf den Bühnen standen oder saßen, wie auf der Seite derer, die unten auf den Papphockern saßen und schnell bereit waren, zu klatschen, wenn über die Notwendigkeit der Versöhnung gesprochen wurde. Die ökumenische Latte ist hoch gelegt worden und der 29. Deutsche

Evangelische Kirchentag (DEKT) in Frankfurt am Main im Jahr 2001 wird sich anstrengen müssen.

### *"Du stellst meine Füße auf weiten Raum"*

Hamburg war ein großer Schritt auf dem Weg zum Ökumenischen Kirchentag in Berlin 2003. Nun müssen weitere Schritte folgen, bis hin zu konkreten, sichtbaren Zeichen der neuen Gemeinschaft. Wir fühlen uns für die Planungen in die Pflicht genommen. Die Losung für 2001 in Frankfurt steht fest und passt gut zu diesem Anliegen: Du stellst meine Füße auf weiten Raum (Psalm 31, Vers 9b). Der weite Raum öffnet beide Dimensionen, die verlockende der Freiheit und die Angst vor dem Ausgesetztsein, dem Verlust der Heimat. Und beides spielt auch im interkonfessionellen Ringen um eine neue Gemeinschaft eine große Rolle.

Es gibt inzwischen genug Worte, die das gemeinsame Interesse bekunden. Und von allen Seiten genug ernsthafte Versicherungen, von welchem hohem Rang dieses Anliegen ist. Es geht - so haben wir inzwischen alle begriffen - schlicht um unsere gemeinsame Glaubwürdigkeit. Wir werden, so wurde in Hamburg gesagt, in Zukunft öffentlich nur noch dann gehört werden, wenn wir mit einer Stimme sprechen. Nun kommt es auf die Konkretisierung an. Auf dass praktisch Gestalt gewinnt, was bisher verbal versichert wurde.

### *Kritische Fragen*

Auf dem Hintergrund dieses nahen Zieles und des fernereren, Berlin 2003, erlaube ich mir ein paar kritische Punkte aufzugreifen, die sich auf unseren gemeinsamen Weg beziehen: Wieso war letztlich bei den Teilnehmerzahlen die Beteiligung der Protestanten nicht besser als die in den Jahren zuvor? Nach meinen Unterlagen waren es knapp fünf Prozent. Mir liegen keine Zahlen zu den Großveranstaltungen auf dem Rathausmarkt oder in den Kirchen vor. Es ist anzunehmen, dass sie in diesem Zusammenhang besser ausfallen.

Die grundsätzliche Frage: Ist die ökumenische Einladung in den Gemeinden angekommen? Wussten alle Interessierten, dass sie in Hamburg nicht nur geduldet, sondern erwünscht waren? Was wurde in den evangelischen Gemeinden versäumt? Was war eventuell abschreckend? Und wie gelingt es uns, für Frankfurt mehr Katholiken zu gewinnen?

Die groß angekündigten Veranstaltungen in gemeinsamer Verantwortung von ZdK und DEKT über

Rechtfertigungslehre und zur Arbeitslosigkeit waren alles andere als gut besucht. Trotz guter Vorbereitung und glänzend besetzter Podien. Ist die Zeit der Podien vorbei - oder war die Thematik für die Teilnehmer nicht interessant? Gibt es zu viele themen-gleiche Veranstaltungen? Heißt das, dass zentrale ökumenische Themen vor Ort ganz anders gewichtet werden?

Es wird inzwischen sehr selbstverständlich von "versöhnter Verschiedenheit" gesprochen. Die Versöhnung wird dabei im Allgemeinen sehr plastisch beschrieben - weniger die Verschiedenheit. Ich vermisse noch die Diskussion der Unterschiede, der Fremdheit, die es unweigerlich bei einem solchen Prozess der vorsichtigen Annäherung geben muss. Sind wir zu vorsichtig?

Gibt es in diesem Zusammenhang ein noch nicht entdecktes thematisches Potential, welches dann ein größeres Interesse finden könnte? Welche Rolle spielt die Musik? Es ist auffällig, wie sehr gerade das junge Publikum Veranstaltungen besucht, die fast ausschließlich musikalisch geprägt sind. Nutzen wir die Chancen ausreichend, die wie durch unsere reiche musikalische Kultur haben?

### *Die Tradition der Bibelarbeiten*

Ich habe zwei hervorragende Bibelarbeiten erlebt - einmal mit Elisabeth Raiser und das andere Mal mit Hanna Renate Laurien. In beiden Fällen waren die Hallen kümmerlich besucht. Aber jene, die da waren, werden sehr dankbar für diese Stunde gewesen sein. Dafür muss geworben werden.

Ich habe in Hamburg erneut erlebt, wie stark die Frage nach einer möglichen gemeinsamen Mahlfeier die Menschen umtreibt. Wir können das nicht aus den Augen lassen. Sicher ist gerade dieses Thema für Auseinandersetzungen und Streit ungeeignet. Aber Katholiken und Protestanten haben eine spürbare Sehnsucht danach, dass diese Form der erlebten Gemeinschaft möglich wird. Das entspricht zu tiefst dem biblischen Anliegen und muss für uns alle, die im Vorbereitungsprozess für 2003 Verantwortung haben, verpflichtend sein.

Es bleibt, rückblickend auf Hamburg, die Erinnerung an sonnige ökumenische Tage und die Aussicht auf intensive Arbeit am gemeinsamen ökumenischen Werk, für das wir, so hoffe ich, gut ausgestattet sind.

Friederike Woldt

## Verantwortung der Christen in Kirche und Gesellschaft

### Stellungnahmen von Politikern zum Hamburger Memorandum des ZdK

*Als Resonanz auf das Memorandum, das vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken auf dem Hamburger Katholikentag verabschiedet worden ist, haben sich vier Christen, die als Politiker in verschiedenen Parteien aktiv sind, gegenüber den „Salzkörnern“ geäußert: Ute Vogt MdB (SPD), Norbert Röttgen MdB (CDU), Christa Nickels MdB (Bündnis 90/Die Grünen) und Marita Sehn MdB (FDP).*

#### **Ute Vogt:**

Verantwortung übernehmen in der Demokratie - ein Memorandum, das ermuntert und dazu auffordert, sich einzumischen. Politik braucht Beteiligung. Eine lebendige Demokratie braucht beides: das Engagement in Parteien und Parlamenten ebenso wie die Diskussion und Auseinandersetzung in der Gesellschaft insgesamt.

Im politischen Alltag erlebe ich leider häufig, dass sich eine Art Aufgabenteilung eingeschlichen hat. „Jeder muss seinen Job machen“, sagte mir kürzlich ein Ingenieur. „Ich habe Sie gewählt, damit Sie für mich Politik machen, so wie ich Produktionslinien einrichte, damit Maschinen hergestellt werden können. Um Politik kann ich mich jedenfalls nicht auch noch kümmern.“ Solche Äußerungen sind keine Seltenheit. Sie zeigen eine Fehlentwicklung der letzten Jahrzehnte, die auch durch die handelnden Politiker hervorgerufen wurde. Es ist Zeit, diese Entwicklung umzukehren.

Politik ist kein Job wie jeder andere. Politiker erhalten Vertrauen auf Zeit, damit sie die Bevölkerung vertreten. Politiker müssen selbst deutlich machen, dass sie dabei kritische Begleitung brauchen und Einmischung erwünscht ist. Dazu gehört auch, dass Mitbestimmung möglich gemacht wird. Das Hamburger Memorandum ist dafür eine wichtige Hilfe. Es macht deutlich, dass jeder dazu aufgerufen ist, Verantwortung zu tragen. Nicht nur als Christ für das eigene Tun und für die Gemeinschaft, sondern auch in der Demokratie, um sich für das Gemeinwohl zu engagieren.

Sozialer Friede, Gerechtigkeit, gleiche Lebenschancen und ein solidarisches Miteinander werden erreicht, wenn Politik nicht allein als Instrument zur Umsetzung von Einzel- oder Gruppeninteressen gesehen wird. Lobbygruppen haben in unserer Demokratie ihre Aufgabe und ihre Berechtigung. Aber sie sind dort untauglich geworden, wo das jeweilige Eigeninteresse ohne Rücksicht auf die Entwicklung der Gesellschaft insgesamt durchgesetzt werden soll. Mein Eindruck ist, dass bei vielen Lobbyisten der Blick fürs Ganze in den Hintergrund gerückt ist. Die direkte Mitwirkung aus der Bevölkerung ist daher auch notwendig, um die politische Diskussion nicht allein den Interessenvertretern zu überlassen.

Das Hamburger Memorandum zeigt die Chancen dieser Einmischung und ihre Notwendigkeit. Es zeigt auch die Schwierigkeiten, die im politischen Wirken auftreten. Mir ist besonders positiv aufgefallen, dass das Memorandum daran erinnert, dass Politik von Menschen gemacht wird. Und damit deutlich macht, dass Fehlverhalten und Versagen dort genauso vorkommen wie in anderen Bereichen, in denen Menschen tätig sind. Politik und Parteien werden nicht einseitig mit Schuldzuweisungen belegt. Wir werden kritisiert, aber es bleibt nicht bei der Kritik, sondern der Blick ist in die Zukunft gerichtet.

Ich wünsche mir, dass dieses Memorandum viele auffordert, Politik differenzierter zu betrachten und sich die Mühe zu machen, genauer hinzuschauen; und dass es dazu anspornt, selbst Verantwortung zu übernehmen, in Parteien und Parlamenten, aber ebenso in der Entwicklung von Politik auch außerhalb der gewohnten Institutionen. Kirchen sollen und können keine politischen Parteien werden. Aber Christen müssen parteilich sein und für christliche Werte eintreten, auch für deren politische Umsetzung, offen und öffentlich im politischen Leben.

#### **Norbert Röttgen:**

Verantwortung ist der Kernbegriff des Memorandums des ZdK zur gegenwärtigen Lage unseres demokratischen Gemeinwesens. „Verantwortung übernehmen“ ist die Aufforderung an alle Bürgerinnen und Bürger, weil die Demokratie die Sache der Bürger ist; „Verantwortung wahrnehmen“ lautet der Appell an die Politiker, weil die Entscheidung ihres Amtes ist. In seiner Analyse bleibt das Memorandum nicht an der Oberfläche aktueller Affären, die in ihrer Ernsthaftigkeit damit gerade nicht ver-

kannt, sondern zutreffend als Ausdruck tieferliegender Defizite und Fehlentwicklungen gesehen werden.

Eine der strukturellen Fehlentwicklungen, die Verantwortung hemmen, sieht das Memorandum in der Vermischung von Kompetenzen sowohl innerhalb unserer staatlichen föderalen Ordnung als auch im Verhältnis zur Europäischen Union. Der Befund stimmt: Vermischung führt nicht nur zu Intransparenz, sondern zur Auflösung von Verantwortung. Die politische Schlussfolgerung hieraus liegt in einer Reform des Föderalismus unter Einchluss der Europäischen Union. Es muss – der Klarheit und Kontrollierbarkeit der Verantwortung wegen – neu entschieden werden, wofür wir Bundesländer brauchen, welche Aufgaben den Nationalstaat heute legitimieren und was die Themen und Herausforderungen der Europäischen Union sind.

Das Memorandum redet nicht nach dem Mund. Es stellt klar, dass überparteiliches Harmoniestreben nicht die demokratische Antwort auf die Herausforderungen der Komplexität und Unübersichtlichkeit unserer Zeit sein kann. Denn Demokratie heißt – auf der Basis eines Grundkonsenses im Hinblick auf Verfahren und Werte – Auseinandersetzung. Die damit verbundene Anstrengung kann keinem Bürger erspart werden. Auch übrigens den Parteien nicht. Darum ist es eine intellektuelle und demokratische Kapitulation, wenn die Forderung „nach Geschlossenheit in den eigenen Reihen“ bereits zu Beginn einer Diskussion erhoben wird.

Von den Parteien und Parlamenten dürfen die Bürger, wie das Memorandum zu Recht feststellt, aber mehr erwarten als Diskussion, nämlich Entscheidung. Hier liegt die Kernursache des gegenwärtigen Vertrauensverlustes. Seit Jahren sind die großen Probleme unserer Zeit bekannt und analysiert. Doch seit Jahren können sich die Entscheidungsträger und – auch das gehört zur Wahrheit – die Mehrheit der Wählenden nicht aufraffen, für Entscheidungen zu sorgen, die dem Ausmaß und der Dringlichkeit der Probleme angemessen sind. Die Politik ist zur Schnecke geworden in der Zeit des rasanten Wandels! Dabei ist die Langsamkeit nicht etwa Ausdruck bedächtiger Nachdenklichkeit, sondern die Entscheidungsschwäche gründet auf einem Mangel an Verantwortung, weil sie ein Ausweichen vor der unangenehmen Entscheidung darstellt.

Die Erneuerung unseres demokratischen Gemeinwesens nicht in seinen Grundfesten aber im Hin-

blick auf einige Fehlentwicklungen der vergangenen 50 Jahre tut not. Sie gründet auf einem subjektiven Empfinden vieler Menschen sowie auf objektiven Gegebenheiten. Das Memorandum sagt das Notwendige. Jetzt muss gehandelt werden.

### Christa Nickels:

„Wohin aber gehen wir...?“ (Ingeborg Bachmann). Wahrscheinlich ist es eine Freud'sche Fehlleistung: Beim Lesen des ersten Satzes von Professor Maiers Einführung in das Hamburger Memorandum ? hatte ich zunächst unser eigenes innerkatholisches Trauerspiel um die Schwangerenkonfliktberatung vor Augen. Und dann fragte ich mich, warum diese Einführung überhaupt nötig ist. Beim Lesen des Memorandums selbst wurde das allerdings sofort klar: Ganz im Gegensatz zur innerkirchlichen §218-Debatte, die es an Deutlichkeit, Zuspitzung und Schuldzuweisungen nicht fehlen lässt, bleibt das Memorandum selbst seltsam distanziert und vermeidet es peinlich, auch nur ein einziges Mal Ross und Reiter dieses Skandals zu nennen.

Das ist der Eingangsmangel. Denn wie soll man sich ein Papier zu Herzen nehmen, in dem es nicht einmal gelingt, mit dem gebotenen Anstand, aber eben auch der gebotenen Deutlichkeit den Anlass dafür zu beschreiben? Ein Memorandum, das von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden will, muss von der konkreten Lebenswirklichkeit ausgehen und darf sich nicht genau da in schöne Abstraktion verflüchtigen, wo es anfängt, richtig weh zu tun.

Gewiss: Ein solches Memorandum ist notwendig. Es beschreibt sehr zutreffend, dass eine demokratische Zivilgesellschaft in vielem einem Ökosystem gleicht, das umkippt, wenn seine Ressourcen ausschließlich aufgezehrt und nicht durch mannigfachen Zufluss von Energie beständig aufgefüllt und erneuert werden.

Es ist richtig, dass sich das zentrale Gremium der katholischen Laien zu diesem Thema äußert. Denn unser Glaube bewährt sich nicht in stillem Selbstgenügen, sondern im Engagement in und mit der Gesellschaft. Aber dabei fällt auf, dass der Text – wie so viele katholische Verlautbarungen – trotz der Passage „Christen müssen sich im Dialog und im politischen Wettstreit bewähren. Sie sind nicht Schiedsrichter, sondern Mitspieler“ aus einem sehr einseitigen Blickwinkel, nämlich von der Kirche auf die Gesellschaft geschrieben ist.

Es fehlt mir, im Guten wie im Schlechten, der doppelte Blick im Text, der eben zum Ausdruck bringt, dass auch der Katholizismus unlösbar in die zur Debatte stehende Thematik verwickelt ist. Hat zum Beispiel das beklagte Phänomen des Auseinanderfallens von Vertrauensbildung im privaten und öffentlichen Bereich nicht auch viel damit zu tun, dass jahrzehntelang katholische Moralapostel auf ganz hohem Ross in der Politik daherkamen und die Bibel als Keule gegen ledige Mütter, Geschiedene, sexuell freizügig Lebende, gegen straffällig gewordene Jugendliche, Flüchtlinge und andere Minderheiten schwangen, um dann irgendwann selbst als große, aber uneinsichtige Sünder dazustehen?

Seitdem ist das Wort „Moral“ nicht nur in der Politik gründlich und nachhaltig diskreditiert. Welcher normale Mensch, im Bewusstsein seiner zutiefst menschlichen Fehlerhaftigkeit und Gebrochenheit, möchte vor diesem Hintergrund noch darüber reden, dass ihm der Glaube dennoch der tragende Grund und die Richtschnur für sein Leben und Handeln ist - auch dann, „wenn es dunkel und wenn es kalt wird“ (Ingeborg Bachmann)?

Und was soll man von Kirchenkreisen denken, die jahrzehntelang über die Schuld von Frauen, die im Konflikt abtreiben, laut richten und streiten, aber nicht ein deutliches und klares Wort über die Zerstümmerung von Vertrauen in die Demokratie zu sagen wissen, die dadurch entstanden ist, dass allerchristlichste Politiker in Jahrzehnten bewusst ein verdecktes System illegaler Geldbeschaffung aufgebaut haben?

Und umgekehrt, im Guten: Unsere katholische Kirche hat viel dazu beigetragen, Freimut und Offenheit in der politischen Debatte zu fördern und tut es immer noch; im Dialog ihrer Verbände mit den Selbsthilfeverbänden, Initiativen und gesellschaftlichen Institutionen, immer dort, wo sie in Akademien und kirchlichen Einrichtungen Raum und Zeit für institutionen- und lagerübergreifende Debatten bietet, überall da, wo sie in engagierter Arbeit vorlebt, dass zwei oder drei mit durchaus unterschiedlichen Wahrheiten am Ende alle gemeinsam klüger sein können, als ein einzelnes, noch so begabtes und kluges Köpfchen

Und damit bin ich schon bei meinem letzten Punkt, einem Wunsch: Ich wünsche mir, dass dieses Memorandum nicht in der Schublade „Verlautbarungen“ verstaubt, sondern engagiert und durchaus streitbar weiter diskutiert wird - damit wir dann alle etwas klüger und weiser sind. Hoffentlich!

### Marita Sehn:

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat mit seinem Memorandum Themen aufgegriffen, die immer wieder auf der Tagesordnung stehen und heute aktueller denn je sind: das verantwortliche Engagement in unserer Demokratie. Der Appell zur stärkeren Beteiligung der Bürger an der Politik über die Ausübung des Wahlrechts hinaus kann nur unterstützt werden. Das Interesse und das Engagement möglichst vieler Menschen ist eine unbedingte Notwendigkeit für eine funktionierende Demokratie. Unsere Demokratie ist durch die Trennung von Politik beziehungsweise Parteien und Gesellschaft bedroht. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, die Bürger wieder stärker für die Politik zu interessieren und sie zu beteiligen. Dazu gehört natürlich die angesprochene Zugangsoffenheit von Ämtern und Mandaten, dazu gehört nach Ansicht der F.D.P. aber auch eine stärkere Beteiligung an Sachentscheidungen. Wir halten es in einem repräsentativen System für möglich, direktdemokratische Instrumente einzubauen.

Das Wahlrecht bietet eine ganze Reihe von Möglichkeiten, so vor allem Kumulieren und Panaschieren, die es ermöglichen, statt einer anonymen Liste einen bestimmten Kandidaten zu wählen. Dies ist auch ein wichtiger Bestandteil der vom ZdK geforderten Öffnung der Parteien gegenüber der Gesellschaft. Zu Recht wird auch mehr Transparenz im politischen System eingefordert. Besonders wichtig erscheint hier die Regelung der Kompetenzen der Europäischen Union. Auch die F.D.P. sieht hier dringenden Handlungsbedarf. Wir fordern seit langem eine europäische Verfassung, um das bisherige Kompetenzwirrwarr zu beseitigen und eine klare, für die Bürger durchschaubare Aufteilung von Entscheidungsbefugnissen und Regeln zu erreichen.

Als aktive Christin unterstütze ich die Mahnung, dass die Verantwortung vor Gott und dem Gewissen auch bei noch so perfekten Kontrollen nicht in Vergessenheit geraten darf. Rechtsstaat und Demokratie basieren auf der Erkenntnis, dass Fehlverhalten möglich ist. Kontrollen bleiben daher nötig, entbinden die Politiker aber nicht von ihrer Verantwortung. Im Gegenteil, sie führen dazu, dass der Politiker die Verantwortung für sein Fehlverhalten tragen muss. Und zwar nicht nur durch rechtliche Sanktionen, sondern vor allem auch durch die Möglichkeit der Abwahl. Das Aufdecken von Fehlverhalten darf nicht zu generellem Vertrauensverlust führen, sondern sollte als Funktionieren der Kontrollmechanismen verstanden werden und somit



das Vertrauen in Rechtsstaat und Demokratie stärken und nicht schwächen.

Das ZdK spricht auch die Notwendigkeit einer lebendigen Streitkultur an und rennt damit bei uns Liberalen offene Türen ein. Der Reformstau in Deutschland wird von Liberalen schon lange beklagt. Auch die Verwischung politischer Unterschiede unter dem Motto der Konsenssuche, gerade zwischen den großen Parteien, erschwert Reformen und trägt zum Rückzug der Bürger aus der Politik bei, denen keine Alternativen mehr angeboten werden. Die F.D.P. ist daher bemüht, den Bürgern klare Konzepte vorzustellen und auch die Unterschiede zu den anderen Parteien deutlich zu machen. Es gehört zu den Aufgaben der Parteien im Rahmen ihrer Mitwirkung bei der Willensbildung, den Wählern klar zu machen, für welche Positionen sie stehen, damit diese von einer echten Wahlmöglichkeit Gebrauch machen können.

Aber nicht nur die Parteien erleben ein Desinteresse an dem, was sie tun. Ob Kirchen, Vereine oder Verbände, die Probleme sind die gleichen - es sind immer weniger Menschen bereit, sich auf ehrenamtlicher Basis unentgeltlich zu engagieren. Die Leistungen der Menschen, die sich uneigennützig einsetzen, sind zu Selbstverständlichkeiten geworden, und Selbstverständlichkeiten haben in unserer Gesellschaft nun einmal keinen Stellenwert. Aber unsere Gesellschaft braucht das ehrenamtliche Engagement, damit sie lebenswert bleibt.

Deshalb begrüße ich sehr, dass die deutschen Katholiken zur Beteiligung, auch am politischen Willensbildungsprozess, aufrufen. Auch wir Liberale sehen diese Verantwortung. Für uns stehen alle Staatsbürger in der Verantwortung, für Demokratie und Staatswesen einzutreten, unabhängig von der Religionszugehörigkeit. Ich begrüße die Bereitschaft der deutschen Katholiken zum Dialog mit und in der Politik.

### *Aus dem Hamburger Memorandum "Verantwortung übernehmen in der Demokratie"*

Deutschland hat insgesamt eine stabile und lebendige Demokratie. Unsere Demokratie ist aber auch immer wieder Belastungen und Bewährungsproben ausgesetzt. Sie bedarf der ständigen Erneuerung und Weiterentwicklung. Verschiedene Entwicklungen tragen zu einer wachsenden Distanz des Bürgers zum Staat, seinen Insti-

tutionen und zur Politik bei, etwa die Anonymität und Undurchschaubarkeit von Großstrukturen, wachsende Komplexität sowie schwindendes Vertrauen in die notwendige Sachkompetenz der Politik.

In jüngster Zeit hat unsere Demokratie durch Rechtsverstöße und Affären Vertrauensverluste bei Bürgerinnen und Bürgern erlitten. Nicht wenige wenden sich empört oder resigniert von den öffentlichen Dingen ab mit dem Ruf: seht, so sind die Politiker! Manche ziehen sich ins Schneckenhaus des Privaten zurück, oder sie verteilen die Politik im Namen der Moral. Kein Zweifel: die Demokratie kann viel ertragen - aber wo ist der Punkt erreicht, an dem sie den Respekt verliert und nur noch äußerlich akzeptiert wird? Wie läßt sich Vertrauen, das verloren ging, zurückgewinnen? Wie kann die Bereitschaft gestärkt werden, Verantwortung in der Demokratie zu übernehmen? ... Als katholische Christinnen und Christen fühlen wir uns - aus der langen Geschichte jüdisch-christlicher Tradition - verpflichtet und von Gott beauftragt, in dieser Zeit an den Voraussetzungen für ein gutes Gelingen menschlicher Gemeinschaft mitzuwirken.

(Die folgenden zehn Kapitelüberschriften skizzieren den weiteren Inhalt des Hamburger Memorandums.)

1. Demokratie lebt von Verantwortungsbereitschaft
2. Die Verantwortung im modernen Verfassungsstaat muss transparent bleiben
3. Ohne Vertrauen kann eine Demokratie nicht existieren
4. Mangel an Verantwortung entstammt dem Mangel an Vertrauen
5. Demokratie lebt von der Leidenschaft für argumentativ ausgetragenen Streit um die sachgerechte Politik
6. Ringen um das Gemeinwohl statt Parteivorteil
7. Ein neues Mitwirken fördert eine aktive Zivilgesellschaft
8. Die Tradition des politischen Katholizismus verpflichtet uns zum Mittun
9. Demokratie braucht christliche Politikerinnen und Politiker - in allen demokratischen Parteien
10. Demokratie lohnt jede Anstrengung

(Der Wortlaut des Memorandums kann auf der Homepage des ZdK heruntergeladen oder im Generalsekretariat angefordert werden.)



## Der politische Wille muss auf dem Willen der Völker gründen

*Es ist nicht der Euro, der schwächelt, sondern Europa selbst. Nach einem halben Jahrhundert beharrlicher Aufbauarbeit zur Schaffung einer europäischen Union halten die Regierungen und die Völker inne und denken darüber nach, welchen Weg sie einschlagen sollen, um das begonnene Werk fortzuführen.*

Manche glauben, die europäische Union käme allein dank eines automatischen Verkettungsmechanismus voran: So wie aus dem auf Stahl und Kohle begrenzten gemeinsamen Markt der allgemeine gemeinsame Markt wurde, auf den dann der einheitliche Binnenmarkt und heute die Einheitswährung des Binnenmarktes folgten, würde bald die politische Union entstehen, und dies einzig und allein auf der Grundlage einer gemeinsamen Währung. Das ist eine Illusion. Bereits in der Vergangenheit bedurfte es des politischen Willens von Staatsmännern (zuletzt von Helmut Kohl, François Mitterrand und Jacques Delors), damit auf jeden Meilenstein der nächste Schritt erfolgen konnte.

Um innerhalb einer auf den gesamten Kontinent erweiterten Union von der wirtschaftlichen Einheit zur politischen Einheit zu gelangen, bedarf es eines Willens, der von den Völkern selbst kommen muss. Dieser Wille entsteht jedoch nicht ohne ein Bewusstsein für die Identität Europas. In demokratischen Gesellschaften kann dies nicht ausschließlich vom Engagement der Regierungen abhängen. Auch die jeweiligen Mitglieder der Zivilgesellschaft müssen ihren Beitrag dazu leisten, dass Europa sich seiner Identität bewusst wird. Aus diesem Grunde haben die Präsidenten des Zdk sowie der Semaines Sociales de France ein Manifest für ein europäisches Bewusstsein veröffentlicht.

### *Bewusstsein für Identität Europas schaffen*

Was uns verbindet sind Werte, die ihre Wurzeln in der jüdisch-christlichen Tradition, im griechisch-römischen Erbe und im kritischen Geist der Aufklärung haben. Unseres Erachtens geht es nicht darum, eine hypothetische "europäische Christenheit" zu rekonstruieren, die ihre Aufgabe in der Geschichte als Übergang zwischen einer antiken Welt, in der die Macht vergöttlicht wurde, und einer modernen Welt, in der zwischen politischer Macht und religiöser Autorität unterschieden wird, erfüllt hat. Diese Werte

Jean Boissonnat, Paris, Präsident der Semaines Sociales de France

lassen sich anhand von drei Paaren beschreiben. Das Paar Freiheit und Subsidiarität, in dem jede Machtebene nur das auf die jeweils höhere Ebene überträgt, was ihre eigenen Möglichkeiten übersteigt. Das Paar Verantwortung und Solidarität, bei dem sich die soziale Gerechtigkeit nicht allein darauf beschränkt, Reichtümer umzuverteilen, sondern auch dafür Sorge trägt, dass jeder die Möglichkeit erhält, Eigenverantwortung zu übernehmen. Und das Paar Toleranz und Pluralismus, welches dafür sorgt, dass die unterschiedlichen Meinungen zur Definition des gemeinsamen Willens beitragen.

Wenn über eine europäische Charta der Grundrechte diskutiert wird, ist es unser Wunsch, dass diese Werte klar und deutlich von den europäischen Völkern verkündet und ratifiziert werden. Dies erfolgt in dem Bestreben, konkrete Anhaltspunkte zu erhalten, um beurteilen zu können, ob ein Land die Auflagen für einen EU-Beitritt erfüllt.

### *Prinzipien formulieren und sozialen Rahmen etablieren*

Zu den wichtigsten Zielen der europäischen Union zählen wir die Schaffung eines sozialen Rahmens für die Marktwirtschaft sowie die Formulierung der Prinzipien, die das Handeln der Union in ihrem Bestreben nach Aufbau einer Weltordnung leiten sollten. Es ist nicht Europas Berufung, lediglich die Ausweitung einer Marktwirtschaft ohne soziale Regelung auf dem Alten Kontinent zu sein oder nur den verlängerten Arm einer Supermacht darzustellen.

All das erfordert ein Vorankommen bei der Errichtung der Institutionen. Die vom deutschen Außenminister Fischer wiederbelebte Debatte um einen europäischen Föderalismus scheint uns an dieser Stelle von Wichtigkeit. Sicher kann ein europäischer Föderalismus nicht einfach das Spiegelbild des amerikanischen, deutschen oder schweizerischen Föderalismus sein. Er wird ein eigenständiges, stufenweise fortschreitendes Aufbauwerk sein, für das es mit dem Europäischen Gerichtshof und der Einheitswährung bereits ganz konkrete Beispiele gibt.

Europa wird eine Föderation von Staatsgebilden sein, die ihre eigene starke Identität beibehalten werden. Im Übrigen ist darauf zu achten, dass die Schaffung eines föderalen Kerns von den Nationen Mittel- und Osteuropas nicht als eine zusätzliche Hürde für ihren EU-Beitritt empfunden wird. Um so dringender wird das europäische Bewusstsein.

Jean Boissannat

## Riesters Konzept führt "zurück in die Eiswüste"

**Will die rot-grüne Bundestagskoalition den Generationenvertrag auflösen?**

*Die Aufgabe, das Rentensystem zukunftsfähig zu machen, hat die Bundesregierung unter Gerhard Schröder mit dem nunmehr vorgelegten Konzept verfehlt. Frauen und Familien würden, wenn das konsensfähig wäre, einfach abgekoppelt. Was die Sozialreformer von 1957, geleitet von christlichen Wertvorstellungen, an die Stelle der "Eiswüste" gesetzt haben, entspricht offenbar nicht den Vorstellungen des Sozialministers Riester.*

"Wir bauen eine Brücke zwischen den Generationen," so leitete Anfang Juni, fast schon lyrisch, Bundessozialminister Riester die Reform-skizze ein, mit der er in die Rentenkonsensgespräche mit der Opposition hineinging. "Erster Pfeiler dieser Brücke ist der Aufbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge."

Diesem nur scheinbar neuen Pfeiler wurde sofort nach Bekanntwerden der Pläne öffentlich große Aufmerksamkeit zuteil: Private Zusatzversorgung - steuerbegünstigt, wenn ja für wen? Verpflichtend oder freiwillig? Mit Beiträgen bis zu drei oder bis zu vier Prozent des Bruttolohns? So lauteten einige der Fragen, für die sich plötzlich nicht nur Wirtschaftsredaktionen zu interessieren schienen.

### *Das gewachsene System zukunftsfähig machen*

Dabei geriet beinahe aus dem Blick, dass die Regierung, ebenso wie ihre Vorgängerin zuerst und vor allem vor der Aufgabe steht, das gewachsene System der gesetzlichen Rentenversicherung zukunftsfähig zu machen. Indem man sprachlich die kapitalgedeckte private Vorsorge zum "ersten Pfeiler der Brücke der Generationen" stilisiert, während sie bislang als "zweite (oder dritte) Säule des Generationenvertrages" angesehen wurde, kann man nicht schlicht wegdefinieren, was die erst vor wenigen Monaten vorgelegte AVID-Studie '96 über Lebensläufe und künftige Einkommen im Alter detailliert nachgewiesen hat:

Die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) ist für die große Mehrheit der Bevölkerung das mit Abstand wichtigste Alterssicherungssystem. An dieser Situati-

**Eva Maria Welskop-Deffaa, Referentin für wirtschaftliche und gesellschaftliche Frage im Generalsekretariat des ZdK**

on wird sich in den kommenden zwei bis drei Jahrzehnten nichts ändern. Im Gegenteil: Die Verbreitung der GRV wird in den alten Bundesländern selbst für Männer und noch stärker für Frauen zunehmen. In Ostdeutschland werden die Leistungen der GRV außerdem für die meisten Menschen die einzige nachhaltig bedeutsame Alterssicherung darstellen.

Gerade weil die gesetzliche Rentenversicherung im Umlageverfahren für die Einkommen der Senioren heute und morgen eine so große Bedeutung hat, ist es unverzichtbar, sie systemgerecht "risikofest" umzugestalten. Dabei ist jenen Entwicklungen Rechnung zu tragen, die für die Rentenversicherung Risiken in sich bergen, insbesondere den demografischen und den Arbeitsmarktentwicklungen.

### *Bundesregierung macht es sich zu einfach*

Seit Jahren sind diese Risiken bekannt und es sind Lösungsvorschläge entwickelt worden - von der Verbreiterung des Versichertenkreises über eine flexiblere Ausgestaltung des Renteneintrittsalters mit dem Ziel, der stetigen Verlängerung der Rentenlaufzeiten einen Riegel vorzuschieben sowie Umverteilungen innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung bis zu einer verbesserten Anerkennung von Kindererziehungszeiten - um nur einige zu nennen

Anstatt auf ein Mix dieser und anderer Reformschritte zuzugehen und sich der Mühsal zu unterziehen, das gewachsene System der Rentenversicherung systemstabilisierend zu reformieren, konzentriert sich das, was die Bundesregierung vorgelegt hat, allein darauf, das Rentenniveau auf 54 Prozent abzusensenken und den Versuch zu unternehmen, parallel die private Altersvorsorge zu stärken.

Seit 1957 ist das deutsche Alterssicherungssystem ein 3-Säulen-System mit wechselnder Bedeutung der drei Säulen, und es gab und gibt einen gesellschaftlichen Konsens, dass in der aktuellen Situation die private Säule gestärkt werden sollte - allerdings ohne den Bestand der ersten Säule und ihre Bedeutung für weite Bevölkerungskreis in Frage zu stellen.

### *Ausbau der "zweiten Säule" noch keine Reform*

Die notwendige Reform der gesetzlichen Rentenversicherung kann durch einen Ausbau der zweiten Säule nicht ersetzt werden - schon deshalb nicht, weil auch eine kapitalgedeckte Altersversorgung bezüglich demografischer und bezüglich einschneidender Arbeitsmarktprobleme ebenso anfällig ist wie die umlagefinanzierte.

Auch unter Versicherungsfachleuten ist unbestritten, dass zwar die Transmissionsmechanismen, über die diese gesellschaftlichen Entwicklungen auf die kapitalgedeckte Altersversicherung wirken, andere sind als bei der umlagefinanzierten, dass das Risiko als solches aber nicht weniger durchschlägt. Hinzu kommen bei der privaten Vorsorge Finanzmarktrisiken, die bei der umlagefinanzierten Altersvorsorge nicht zu beachten sind.

"Auch ein kapitalgedecktes Rentenmodell braucht letztlich die Leistungskraft der nächsten aktiven Generation" und es geht "vergleichsweise hohe Risiken betreffs Kapitalmarktentwicklung, Konjunkturschwankungen, internationale Finanzmärkte ein" - so steht es in den Renteneckpunkten, die das Zentralkomitee der deutschen Katholiken Anfang des Jahres vorgelegt hat.

### *Sollen die Frauen zurück "in die Eiswüste"?*

In diesen Renteneckpunkten formuliert das ZdK außerdem: Die anstehende "Rentenreform muss die Generationengerechtigkeit und das Verständnis für die gegenseitige Verantwortung und Abhängigkeit der Generationen stärken (und sie) ... muss die in Elternverantwortung erbrachte Leistung für die Sicherung der Renten ausreichend anerkennen."

Diesem Anspruch genügt das Reformmodell der Bundesregierung nicht. Es ist unter dem Strich alles andere als ein Fortschritt für Familien und Frauen. Die Versprechungen der jetzigen Regierungsparteien vor der Bundestagswahl und im Regierungsprogramm gegenüber Frauen werden in keiner Weise eingehalten. Weit entfernt von den Erwartungen ihrer Wählerinnen ist die Regierung mit ihren Vorschlägen zu einer ersatzlosen schleichenden Abschaffung der Hinterbliebenenversorgung übergegangen - als nichts anderes kann man die diesbezüglichen Regelungsvorschläge bezeichnen.

Die Festschreibung der verschärften Anrechnungsvorschriften in der Hinterbliebenenversorgung "löst"

die Aufgabe einer Reform der ehe- und familienbezogenen Alterssicherung der Frau in einer Weise, die bis vor wenigen Wochen wohl niemand für möglich gehalten hätte. Wenn die vorgelegten Vorschläge Gesetz werden, tragen die Frauen das Altersarmutsrisiko der Kindererziehung, und dann werden sie "zurück in die Eiswüste" geschickt.

### *Dem Gedanken der Zugewinngemeinschaft Rechnung tragen*

Seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1975 ist im Grunde auf breiter Basis diskutiert und zumindest im katholischen Deutschland völlig unstrittig, um was es bei der Reform der Hinterbliebenenrenten dringend geht:

1. Das Leitbild der Ehe als einer Liebes- und Wirtschaftsgemeinschaft darf nicht nur bei scheiternden Ehen im Versorgungsausgleich Berücksichtigung finden. Dem Grundgedanken der Zugewinngemeinschaft muss im Rentenrecht durch den Einbau von Teilhabe- oder permanenten Splittingregelungen auch bei nachhaltig intakten Ehen entsprochen werden.

2. Die das System des Generationenvertrages stabilisierenden Erziehungsleistungen von Eltern müssen in der Gesetzlichen Rentenversicherung stärker leistungsbegründend und leistungssteigernd anerkannt werden. Diese Anrechnung "darf nicht als Ausnahme vom Beitragssystem, sondern muss als Erweiterung des Beitragssystems im Sinne eines übergreifenden Generationenvertrages behandelt werden.

### *Aspekte der Frauen und Familien müssen in den Mittelpunkt*

Nur so kann eine wirkliche Gleichbehandlung der sich Erwerbstätigkeit und Kindererziehung widmen Ehematten in Bezug auf ihre Alterssicherung erreicht werden", formulierte schon Anfang der 80er Jahre die Arbeitsgruppe Soziale Sicherung der Frau beim Kommissariat der deutschen Bischöfe.

Erst wenn diese frauen- und familienbezogenen Reformnotwendigkeiten im Mittelpunkt der Rentenkonferenzen angekommen sind, gibt es Chancen auf eine wirklich zukunftssichernde Rentenreform und damit auch eine Basis für einen tragfähigen Konsens.

Eva M. Welskop-Deffaa